

Damit gesellschaftliches Leben möglich ist, müssen Menschen zueinander kommen. Dazu brauchen sie eine gute Struktur der Verkehrswege.

Von jeher haben sich gesellschaftliches, wirtschaftliches und soziales Leben an den Verkehrskreuzungspunkten entwickelt.

Industrie und Handwerk, Handel und Dienstleistung, aber auch Kultur, Sport und Freizeit verlangen heute eine gute Infrastruktur.

Nordenham muss die Vorzüge der Lage am seeschifftiefen Wasser nutzen und Nachteile der Halbinsellage überwinden.

Deshalb wollen wir:

- die Weiterentwicklung der Infrastruktur.
- den Ausbau der B211 und der B212.
- und der Küstenautobahn A 20.
- Ausbau schneller Datenübertragung.
- ein gutes Angebot der Bahn für Menschen und Güter.
- den Erhalt des Stadtbusverkehrs, auch in den Ferien.
- die Entlastung der Wohngebiete von Güter- und Werksverkehr.

Sie möchten gern mehr über uns und unsere Politik erfahren oder benötigen einen Fahrdienst zum Wahllokal, dann wenden Sie sich an

OV Blexen-Phiesewarden: Tel. 8694245

Vorsitzender: Rainer Ziegler

OV Einswarden-FAH: Tel. 31661

Vorsitzender: Ulf Riegel

OV Nordenham: Tel. 38343

Vorsitzender: Kurt Winterboer

OV Abbehausen: Tel. 7176

Vorsitzender: Horst Milotta

OV Esenshamm: Tel. 89545

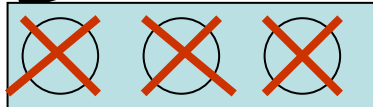
Vorsitzende: Angelika Zöllner



und alle Kandidatinnen und Kandidaten.

**Kommen Sie zur Wahl,
damit nicht andere
für Sie entscheiden!**

11. September 2011



**3 Stimmen für die SPD!
3 Stimmen für Nordenham!**

V.i.S.d.P.: SPD-Stadtverband Nordenham, Vorsitzender
Jürgen Hülsebusch, Geestemünder Str. 5, 26954 Nordenham

Arbeit, Wirtschaft und Verkehr





Unser wichtigstes Ziel ist der Erhalt und die Schaffung guter Arbeit.

Für uns Sozialdemokraten ist Arbeit der Schlüssel für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie gibt Lebenssinn und Anerkennung. Aber es muss „Gute Arbeit“ sein. Deutschland braucht einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen Chancen eröffnet, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen und für das Alter vorzusorgen. Gute Arbeit schließt gesicherte Arbeitnehmerrechte unbedingt ein. Wir stehen hinter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Unternehmen der Region.

Deshalb wollen wir:

- sozialversicherungspflichtige, feste Beschäftigungsverhältnisse in Industrie, Handwerk, Handel und Verwaltung.
- Tariflich vereinbarte Löhne, wo immer es möglich ist.
- Gesetzlich festgelegte Löhne von mindestens 8,50 €, um damit auch die Kommunen zu entlasten.
- Zeitarbeit mit gleicher Bezahlung und gleichen Rechten nur als eine kurzfristige Problemlösung und nicht als Regel.
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik, welche hochqualifizierte als auch einfache Tätigkeiten bietet.
- Bildungs- und Qualifizierungsangebote, damit kein Jugendlicher ohne einen Abschluss in das Berufsleben entlassen wird.

Gute Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik braucht eine starke soziale Marktwirtschaft.

Wir stehen hinter den Unternehmen der Region.

Wir wollen die regionale Wirtschaft stärken und fördern.

Wir wollen Innovationen unterstützen und bewährte Bereiche bewahren, damit der kommende Strukturwandel für Nordenham gelingt.

Deshalb wollen wir:

- gezielte, ortsbezogene Wirtschaftsförderung.
- Unterstützung und Anschub für zukunftsweisende Betriebe und Verfahren in Industrie und Handwerk.
- Ansiedlung von arbeitsplatzreichen Betrieben.
- eine überregionale Zusammenarbeit für Standortwerbung zur Stärkung, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen
- Schaffung weiterer qualifizierter Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich.
- den Abbau der Bürokratie und die Beschleunigung bei Genehmigungsverfahren
- Ausbau schneller Datenübertragung.

Eine lebenswerte Stadt braucht eine solide finanzielle Ausstattung

Damit eine Kommune die Grundversorgung der Bürger sicherstellen kann, damit Schulen und Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser und Bäder, Busverkehr, aber auch Müllabfuhr, Wasser- und Energieversorgung angeboten werden können, braucht sie eine solide und zuverlässige finanzielle Ausstattung

In den vergangenen Jahren mussten wir erfahren, dass weder die Privatisierung dieser Dienste noch die durch Steuergeschenke oder durch Regelungen des Bundes und des Landes verursachte Verarmung der kommunalen Haushalte den Interessen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trug.

Deshalb wollen wir:

- den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung
- ausreichende finanzielle Ausstattung
- den Erhalt der Gewerbesteuer
- die Verlässlichkeit der städtischen Einnahmen
- gezielten Schuldenabbau durch stabile Haushalte.